

**Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses für Soziales und  
Gesundheit  
am Mittwoch, dem 17.05.2023, im Großen Ausschusszimmer des  
Kreishauses Warendorf (4. OG, Raum C 4.26)**

**Beginn: 09:00 Uhr**

**Ende: 11:05 Uhr**

	Seite
<b><u>I. Öffentlicher Teil</u></b>	
1. Fragestunde für Einwohnerinnen und Einwohner	5
2. Bericht der Verwaltung	6
3. Stärkungspakt NRW	105/2023 7
4. Tätigkeitsbericht des Kinder- und Jugendzahn- ärztlichen Dienstes	069/2023 8
5. Sachstandbericht zum Projekt "Besser jetzt - gut beraten ins Alter"	106/2023 9
6. Vereine für Psychomotorik - Aufhebung des Sperrvermerkes	071/2023 10
7. Neufassung der Richtlinien des Beirates für Menschen mit Behinderungen	067/2023 11
8. Antrag der SPD-Kreistagsfraktion zur Anwer- bung internationaler Pflege(fach)kräfte	107/2023 13
<b><u>II. Nichtöffentlicher Teil</u></b>	
1. Änderung des Vertrages mit Innosozial gGmbH über die Durchführung von pädagogi- schen/therapeutischen Maßnahmen (Fachdienst Autismus)	085/2023 14

## **Anlagen**

Anlage 1      Der zahnärztliche Dienst im Kreis Warendorf

Anlage 2      „Besser jetzt – gut beraten ins Alter“

**Anwesend:**

<b>Ausschussmitglieder</b>
Anlauf, Andreas
Aydemir, Ergül
Blömker, Franz-Ludwig
Eickmeier, Elisabeth Irmgard
Geiger, Andrea
Hamann, Maria
Heringloh-Poll, Norbert
Hövelmann, Volker
Lehnert, Susanne, Dr.
Schade, Janina
Schubert, David
Strohbücker, Josef
Strübbe, Robert
Wamba, Gilbert
Wiesch, Ludger
Zimmermeyer-Schürmann, Heike
<b>stellv. Ausschussmitglieder</b>
Grap, Valeska
Hugenroth, Bernhard
<b>von der Verwaltung</b>
Arizzi-Rusche, Anna, Dr.
Baldus, Beate
Burchardt, Kathrin, Dr.
John, Kai
Kornblum, Tim, Dr.
Middendorf, Anne
Röttger, Kirsten
Schabhüser, Helmut

**Es fehlten entschuldigt:**

**Ausschussmitglieder**

Möllmann, Rolf

Riveiro Vega, Sandra

Strecker, Rita

<b>I. Öffentlicher Teil</b>
-----------------------------

<b>1. Fragestunde für Einwohnerinnen und Einwohner</b>
--

Es sind keine Einwohnerinnen und Einwohner anwesend.

<b>2. Bericht der Verwaltung</b>	
----------------------------------	--

Frau Middendorf weist auf den Fachtag zur Kooperation und Vernetzung in der Wohnungsnotfallhilfe hin, der am 13.06.2023 von 13:30 bis 17:00 Uhr im Sparkassenforum in Warendorf durchgeführt wird.

Zielgruppen der Veranstaltung seien die Sozial- und Ordnungsämter der Städte und Gemeinden, die lokale Wohnungswirtschaft sowie die Gerichtsvollzieherinnen und Gerichtsvollzieher der Amtsgerichte Ahlen, Beckum und Warendorf. Auf dem Fachtag soll die zentrale Bedeutung von Kooperation und Vernetzung in der Wohnungsnotfallhilfe herausgestellt werden.

Frau Middendorf stellt den geplanten Ablauf des Fachtages vor. Zu Beginn werde Frau Werena Rosenke von der Bundesarbeitsgemeinschaft Wohnungslosenhilfe e.V. einen einleitenden Vortrag halten.

Anschließend werde von einer guten und bewährten Zusammenarbeit an einem Beispiel aus Oelde berichtet, um zum weiteren Ausbau der eigenen Vernetzung und Kooperation anzuregen. Insbesondere werde der allseitige Nutzen guter Zusammenarbeit für die beteiligten Akteure wie auch für die von Wohnungslosigkeit bedrohten oder betroffenen Menschen bewusstgemacht.

Herr Christopher Beuck, LWL, werde das LWL-Projekt „Housing First“ vorstellen.

Zudem werde es mehrmals die Möglichkeit geben, sich mit anderen Akteuren bekannt zu machen und auszutauschen.

Abschließend teilt Frau Middendorf mit, dass am Rande des Fachtages verschiedene Akteure des Projektes ihre Arbeit vorstellen. Hierzu gehören etwa die Wohnbauförderung, das Jobcenter, der Sozialpsychiatrische Dienst und die Schuldnerberatung.

**3. Stärkungspakt NRW****105/2023**

Herr John weist auf den gemeinsamen Antrag von SPD, Grünen, FWG, und DieFraktion vom 28.11.2022 hin. Diese hatten beantragt, ein Konzept zu entwickeln, wie der Kreis Warendorf die gemeinnützigen Vereine finanziell zusätzlich unterstützen könne, sofern diese durch die zu erwartenden steigenden Energiekosten in eine wirtschaftliche Notlage geraten.

Anschließend berichtet Herr John zu dem Stärkungspakt des Landes NRW. Herr John erläutert, dass dem Kreis Warendorf und den kreisangehörigen Städten und Gemeinden seitens des Landes NRW insgesamt rd. 1,4 Mio. € zur Verfügung gestellt worden sind.

Der Kreis habe unter Federführung des Büro Landrates alle vom Kreis Warendorf geförderten Vereine und Verbände angeschrieben und um Mitteilung gebeten, ob eine finanzielle Unterstützung erforderlich sei. Die Rückmeldungen seien verhalten gewesen, einige Vereine gaben an, keine Mittel zu benötigen.

Die Vereine die einen Bedarf angemeldet haben werden die Unterstützungsleistung erhalten (aktuelle Liste sh. Vorlage). Die Entscheidung über die Vergabe der Mittel erfolge auch in Absprache mit den Städten und Gemeinden.

Frau Dr. Arizzi Rusche ergänzt, dass ihr auch von anderen Kreisen bekannt sei, dass die Bedarfe nicht so hoch seien, wie man zunächst befürchtet habe.

Auf Nachfrage von Herrn John bestätigen Frau Eickmeier und Herr Blömker, dass sich der gemeinsame Antrag von SPD, Grünen, FWG, und DieFraktion vom 28.11.2022 erledigt habe.

<b>4.</b>	<b>Tätigkeitsbericht des Kinder- und Jugendzahnärztlichen Dienstes</b>
-----------	--

<b>069/2023</b>
-----------------

Frau Dr. Burchardt berichtet über die Tätigkeit des Kinder- und Jugendzahnärztlichen Dienstes (sh. Präsentation Anlage 1). Sie erläutert die Aufgaben des zahnärztlichen Dienstes sowie die Rechtsgrundlagen für die zahnärztlichen Reihenuntersuchungen. Anhand von verschiedenen Fallbeispielen von kieferorthopädischen Befunden stellt sie mögliche Zahnfehlstellungen und Zahnkrankheiten dar. Zudem erläutert sie die Vorgehensweise bei einer Reihenuntersuchung. Abschließend hebt sie die gute Arbeit der Lehrerinnen und Lehrer hervor, die neben ihrer Lehrtätigkeit viele weitere Aufgaben zu erfüllen hätten.

Herr Blömker erkundigt sich, ob noch mehr getan werden könne, um einen Einfluss zur Änderung im Erziehungsverhalten zu ermöglichen.

Frau Dr. Burchardt erklärt, dass hierzu die personellen Rahmenbedingungen verbessert werden müssten, es wären mehr Zahnärztinnen und Zahnärzte erforderlich. Ein kleiner Baustein sei das Projekt „Gesund im Mund“, ein Lernkonzept zum Thema Zahngesundheit.

Frau Dr. Arizzi Rusche ergänzt, dass Prävention sehr wichtig sei. Mit den Eltern werden Gespräche über eine gesunde Ernährung geführt. Zudem informieren Krankenkassen und bieten Prophylaxe an.

Auf Nachfrage von Frau Geiger zur Rücklaufquote bei den Elternbriefen zur Behandlungsnotwendigkeit erläutert Frau Dr. Burchardt, dass die Rücklaufquote der ausgehändigten Befundzettel bei 30 – 35 % liege. Die Quote der Behandlungen werde jedoch höher sein, da nicht alle Befundzettel von den Zahnärztinnen und Zahnärzten zurückgesandt werden bzw. die Eltern diese den Zahnärztinnen und Zahnärzten nicht aushändigen. Das Gesundheitsamt habe hierauf keinen Einfluss, es bestehe Freiwilligkeit.

An der Diskussion beteiligen sich Herr Strohbücker und Frau Eickmeier.



<b>5.</b>	<b>Sachstandbericht zum Projekt "Besser jetzt - gut beraten ins Alter"</b>	<b>106/2023</b>
-----------	--	-----------------

Frau Middendorf erläutert einleitend kurz das Projekt „Besser jetzt – gut beraten ins Alter“.

Frau Baldus berichtet zum aktuellen Sachstand des Projektes in Warendorf (sh. Vorlage und Präsentation Anlage 2). Sie weist darauf hin, dass die persönlichen Beratungen insbesondere für Menschen ohne Pflegebedarf erfolgen. Die Rücklaufquote übertreffe die Erwartungen.

Abschließend gibt Frau Baldus einen Gesamtüberblick über den bisherigen und geplanten Zeitraum der Durchführung des Projektes in den Kommunen des Kreises. In der Stadt Sendenhorst und der Stadt Drensteinfurt ist der Start des Projektes noch in diesem Jahr geplant. Da sich unter den noch ausstehenden Kommunen auch die einwohnerstarken Städte Ahlen und Beckum befinden, geht die Gesamtplanung der Projektdurchführung mindestens über die nächsten sechs Jahre hinaus.

Frau Middendorf weist darauf hin, dass die Vorstellung der Projekte im jeweiligen Stadt-/ Gemeinderat erst dann erfolgen werde, wenn der genaue Durchführungszeitraum für das Projekt feststehe.

Herr Blömker merkt an, dass das Projekt möglicherweise auch in Zusammenarbeit und Unterstützung von Vereinen vor Ort durchgeführt werden könne.

**6. Vereine für Psychomotorik - Aufhebung des Sperrvermerkes 071/2023**

Herr Strübbe bemängelt die wenig aussagekräftigen Angaben zur Finanzierung der Psychomotorik-Vereine im Schreiben vom 15.03.2023 an die Verwaltung.

Frau Röttger weist darauf hin, dass mit den Vereinen für Psychomotorik der Abschluss eines Vertrages hinsichtlich der Zuschussgewährung und der Vorlage eines Verwendungsnachweises vorgesehen sei.

Frau Geiger bedauert ebenfalls die unkonkreten Angaben der Vereine zur Finanzierung. Die CDU werde der Aufhebung des Sperrvermerkes dennoch zustimmen, sofern ein Vertrag mit den erforderlichen Regelungen geschlossen werde.

Herr Strübbe schlägt die Erweiterung des Beschlussvorschlages um den Satz „Die Verwaltung wird beauftragt, einen Vertrag mit den drei Vereinen abzuschließen“ vor. Er lässt über den erweiterten Beschlussvorschlag abstimmen.

**Beschlussvorschlag:**

Der Sperrvermerk wird aufgehoben. Die Verwaltung wird ermächtigt, das Fördervolumen für die Vereine für Psychomotorik um 600 Fördereinheiten auf insgesamt 8.300 Fördereinheiten zu erhöhen.

Die Verwaltung wird beauftragt, einen Vertrag mit den drei Vereinen abzuschließen.

**Abstimmungsergebnis:** einstimmig angenommen

An der Diskussion beteiligen sich Frau Eickmeier und Frau Schade.

<b>7.</b>	<b>Neufassung der Richtlinien des Beirates für Menschen mit Behinderungen</b>	<b>067/2023</b>
-----------	---	-----------------

Frau Middendorf teilt mit, dass in einer Arbeitsgruppe die Richtlinien des Beirates für Menschen mit Behinderungen überarbeitet wurden. Dem Entwurf der Richtlinien wurde in der der Sitzung des Beirates am 22.03.2023 mehrheitlich zugestimmt.

Frau Geiger bittet darum, über die verschiedenen Vorschläge der Arbeitsgruppe „Punkt für Punkt“ abzustimmen. Der Vorschlag wurde einstimmig angenommen.

Herr Strübbe stellt die einzelnen Vorschläge der Arbeitsgruppe zur Änderung der Richtlinien zur Abstimmung:

Thema 1) Titel des Beirates:

Abstimmungsergebnis      einstimmig angenommen

Thema 2) Präambel:

Abstimmungsergebnis      einstimmig angenommen

Thema 3) Zielsetzung:

Abstimmungsergebnis      einstimmig angenommen

Thema 4) Aufgaben:

Abstimmungsergebnis      einstimmig angenommen

Thema 5) Größe des Beirates:

Abstimmungsergebnis      einstimmig angenommen

Thema 6) Zusammensetzung des Beirates:

Abstimmungsergebnis      einstimmig angenommen

Thema 7) Öffentlichkeit:

Abstimmungsergebnis      einstimmig angenommen

Thema 8) Rechte des Beirates:

Herr Strübbe weist darauf hin, dass alle Parteien im Beirat vertreten seien.

Herr John teilt mit, dass eine Entsendung eines Beiratsmitglieds in den Ausschuss für Soziales und Gesundheit und den Bauausschuss geprüft wurde. Dies sei rechtlich nicht umsetzbar, die Kreisordnung sehe eine solche Entsendung von Mitgliedern nicht vor.

Herr Blömker verweist auf die Zusammensetzung des Ausschusses für Kinder, Jugendliche und Familien, dem auch weitere stimmberechtigte und beratende Mitglieder angehören. Möglicherweise könnten die Einladungen zur Kenntnis an die Vorsitzende des Beirates gesandt werden.

Herr Strübbe weist darauf hin, dass die Sitzungen des Ausschusses für Soziales und Gesundheit öffentlich seien und von Einwohnerinnen und Einwohnern Fragen gestellt werden können.

Herr John ergänzt, dass im Rahmen der Einwohnerfragestunde keine Fragen zu Themen zulässig sind, die bereits auf der Tagesordnung stehen. Er weist ebenfalls darauf hin, dass Politikerinnen und Politiker dem Beirat angehören, damit Themen aus dem Beirat in die Politik gelangen.

Herr Strübbe stellt fest, dass eine Abstimmung über diesen Punkt nicht erforderlich sei, wenn die Umsetzung aus rechtlichen Gründen nicht möglich ist.

#### Thema 9) Ressourcen Beirates

Frau Middendorf teilt mit, dass dem Beirat in 2023 für das 2. Halbjahr 500 €, ab dem Jahr 2024 jährlich 1.000 € für Aufwandsentschädigungen zur Verfügung gestellt werden sollen.

Abstimmungsergebnis einstimmig angenommen

#### Thema 10) Inklusionsbeauftragte

Herr Blömker weist darauf hin, dass die Installation einer/eines hauptamtlichen Inklusionsbeauftragten nicht vom Beirat bestimmt werden könne. Eine entsprechende Entscheidung könne ggf. zum Stellenplan für 2024 getroffen werden.

Frau Geiger befürwortet eine Entscheidung, auch hinsichtlich einer Rückmeldung an den Beirat.

Herr Strübbe lässt über den Vorschlag der Arbeitsgemeinschaft abstimmen.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich abgelehnt

Ja	3 Stimmen (3 Bündnis 90/Die Grünen)
Nein	11 Stimmen (8 CDU, 1 FDP, 1 FWG, 1 AfD)
Enthaltung	4 Stimmen (4 SPD)

Herr Strübbe lässt über den Beschlussvorschlag abstimmen.

#### **Beschlussvorschlag:**

Der Neufassung der Richtlinien des Beirates für Menschen mit Behinderungen wird zugestimmt.

**Abstimmungsergebnis:** einstimmig angenommen

<b>8.</b>	<b>Antrag der SPD-Kreistagsfraktion zur Anwerbung internationaler Pflege(fach)kräfte</b>	<b>107/2023</b>
-----------	--	-----------------

Herr Blömker erläutert den Antrag der SPD-Kreistagsfraktion zur Information über das Projekt des Kreises Euskirchen zur Anwerbung internationaler Pflege(fach)kräfte.

Frau Middendorf berichtet zum Projekt des Kreises Euskirchen (sh. Vorlage). Sie führt aus, dass sie mit dem zuständigen Abteilungsleiter des Kreises Euskirchen Kontakt aufgenommen habe. Dieser teilte mit, dass in einem ersten Aufschlag alle Träger zu einer Auftaktveranstaltung eingeladen wurden. Es konnten zwei Krankenhäuser und drei Pflegeeinrichtungen für das Projekt gewonnen werden. Man hoffe, dass auch kleinere Träger an dem Projekt teilnehmen. Die Kosten für die Träger würden auf 15.000 € je Person/Pflegekraft geschätzt. Die Arbeit beginne erst wenn die angeworbene Pflegekraft da sei. Offen sei, wie Träger im Kreis Euskirchen die angeworbenen Pflegekräfte halten können, wenn z.B. andere Träger mehr Lohn bieten.

Frau Eickmeier gibt zu bedenken, dass die Anwerbung internationaler Pflegekräfte nicht Aufgabe des Kreises Warendorf sei.

Herr Strohbücker weist darauf hin, dass die Beteiligung an einem solchen Projekt unkalkulierbar sei und der finanzielle Aufwand nicht eingeschätzt werden könne. Zudem unterstütze der Kreis Warendorf bereits das Projekt „care4future“.

Frau Geiger rät, weiter zu beobachten, wie der Kreis Euskirchen agiere. Zum jetzigen Zeitpunkt solle keine Unterstützung für ein solches Projekt erfolgen.

Herr Strübbe verabschiedet Frau Middendorf im Namen des Ausschusses mit Dank für die geleistete Arbeit. Frau Middendorf wird am 01.06.2023 in den Ruhestand treten.

Frau Middendorf bedankt sich für die angenehme Zusammenarbeit mit den Mitgliedern des Ausschusses, die ihr stets große Freude bereitet habe.

Herr Strübbe schließt die Sitzung um 11:05 Uhr.

Robert Strübbe  
Vorsitzender

Dr. Anna Arizzi Rusche  
Schriftführerin